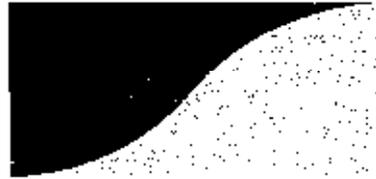


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 ppbn d



Inhalt

37. Jahrgang / 16

25. Januar 1982

Wolfgang Clement, Sprecher des SPD-Vorstandes, beschreibt, wie ein Parteitagbeschuß perverse Suggestion hervorgerufen hat: Der "Dolchstoß" des Herrn Mertes. Seite 1

Karsten D. Voigt MdB legt zwölf Thesen für eine atomwaffenfreie Zone in Europa vor. Seite 3

Dieter Spöri MdB setzt sich mit Vorschlägen von Städtetagspräsident Manfred Rommel auseinander: Kein Überzeugungstäter. Seite 6

Klaus Daubertshäuser MdB kommentiert die Wahl von Heinz Ruhnau: Die Angriffe wollten wahre Absichten verbrämen. Seite 7

Peter Glotz gratuliert Carl-Heinz Evers zum 60. Geburtstag: Ein Vater der Gesamtschule mit Mut und Weitsicht. Seite 8

Der "Dolchstoß" des Herrn Mertes

Wie ein Parteitagbeschuß perverse Suggestion hervorruft

Von Wolfgang Clement
Sprecher des SPD-Vorstandes

Für die "Welt am Sonntag", die inzwischen auf dem Weg scheint, der "Deutschen Nationalzeitung" die Kundschaft abzugeben, indem so ziemlich alles, was nach Sozialdemokratie riecht, im "Stürmer"-Stil abgefertigt wird, war natürlich auch der Hamburger SPD-Parteitag vom Wochenende ein gefundenes Fressen. Das Springer-Blatt machte aus dem Votum der hanseatischen Sozialdemokraten für eine atomwaffenfreie Zone in Europa bedenkenlos eine "Niederlage Schmidts", um auf diese Weise dem Leser zu suggerieren, daß der Bundeskanzler nicht einmal mehr am heimischen Herd politische Unterstützung genieße.

Die verfälschende Nachrichtengebung der Zeitung, deren Schwesterblatt "BamS" die Konsumenten unterdessen mit der wöchentlichen Grundsatzfrage "Brauchen wir eine neue Regierung?" monopolisiert, hat Methode. Sie ist von der Opposition bekanntlich schon in mehreren Wahlkämpfen versucht worden. WamS und BamS setzen sie fort: Der Kanzler, dessen öffentliches Ansehen halt auch am siebten Tag der Woche fortwirkt, soll stattdessen im Eindruck der Leser partout auf Distanz zu seiner Partei gebracht werden. Diese wird deshalb bei jeder sich bietenden Gelegenheit von der Spitze bis zur Basis in Grund und Boden geschrieben, entweder als heillos zerstritten, als korrupt und/oder unfähig und am liebsten als Moskau-hörig, ganz nach dem Gusto des Verlegers.

Es paßt ins Bild, daß der solchermaßen von der Springer'schen Sonntagspresse maltratierte Hamburger SPD-Parteitag gestern auch von der CDU/CSU angenommen wurde. Und wie! Deren außenpolitischer Sprecher Alois Mertes nannte den sicherheitspolitischen Beschluß der Hanseaten einen "Dolchstoß" in den Rücken der amerikanischen Verhandlungsführung bei den Genfer Abrüstungsgesprächen der beiden

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Vertrieben durch
mitvertriebene Redaktionen
Reg. Nr. 100/100



Großmächte, weil er den Sowjets eine westliche Bereitschaft zu einseitigen Rüstungsverzichten signalisiere.

Abgesehen davon, daß dies in der Sache grober Unfug ist, wovon noch zu reden sein wird, macht Mertes' Wortwahl betroffen. Denn der "Dolchstoß" hat schließlich deutsche Geschichte. Wie jedes Schulkind weiß, wurde er von der nationalistischen Rechten benutzt, um die Parteien der "Weimarer Koalition" des Verrats an einem "im Felde unbesiegten Heer" zu bezichtigen und die Sozialdemokraten als "Novemberverbrecher" und als "Verzichtspolitiker" hinzustellen, weil sie den Versailler Vertrag erfüllen wollten.

Bei manch anderem Christdemokraten wäre man zögerlich, aber Mertes soll nicht unterstellt werden, daß er diese Parallele mit seiner Polemik bewußt riskiert hat. Doch fragen wird man dürfen: Muß nicht von einem Politiker seiner Statur bedacht und schließlich auch verantwortet werden, welche perverse Suggestion er mit dem "Dolchstoß" in die Welt setzt? Dieser Vorwurf ist auch Mertes nicht zu ersparen!

Dabei ist die helle Aufregung über die Hamburger Parteitagsforderung nach einer atomwaffenfreien Zone in Europa in der Sache eher amüsant. Das gilt zumal mit Blick auf jene konservative Politik und Publizistik, die der SPD von heute gern mit scheinheiligem Augenaufschlag ein im Rückspiegel verfremdetes "Godesberg" vorhält, um jeweils nachzuweisen, daß Sozialdemokraten - wie 1959 - in der Opposition halt am besten sind. Doch in Wahrheit steht in jedem "Godesberger Programm" damals wie heute beispielsweise, daß die SPD die Einbeziehung ganz Deutschlands in eine "europäische Zone der Entspannung und der kontrollierten Begrenzung der Rüstung" erstrebt, "in der Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel weder hergestellt noch gelagert oder gar verwendet werden dürfen".

Daß die Hamburger SPD im Kern einen Beschluß in dieser Richtung faßte, kann also schwerlich im Gegensatz zur sozialdemokratischen Grundhaltung stehen. Entgegen etlichen Fehlmeldungen hat Helmut Schmidt derartiges auch an keiner Stelle festgestellt. Im Gegenteil: Daß die Hanseaten mehrere Anträge überstimmten, die die Rücknahme des NATO-Doppelbeschlusses verlangen oder zumindest Kritik daran üben wollten, bedeutet unter dem Strich eine Bestätigung der Politik von Bundesregierung und Bundeskanzler.

Wie anders? Der NATO-Doppelbeschluß ist doch kein Aufrüstungsbeschluß, sondern will erklärtermaßen mit der Ankündigung westlicher Nachrüstung zum Abbau von Nuklearpotential auf sowjetischer Seite führen. Das heißt: Er will atomare Abrüstung in Europa. In Genf steht dafür die Probe aufs Exempel an.

Und jedermann kann gewiß sein: Daß Abrüstung nicht per Antrag, sondern im Verhandlungswege vollzogen wird, wenn's gut geht, Schritt für Schritt und peu à peu, das wissen die Hamburger auch. Nur muß man für diese komplizierte Prozedur sein langfristiges Ziel kennen und den Verhandlungswillen beider Seiten am Leben erhalten. Und daran besteht für mich kein Zweifel: Das schafft man mit engagierten Diskussionen nach Art des hanseatischen Parteitages jedenfalls eher als mit Denkverböten à la Mertes.

(-/25.1.1982/ks/ca)

+ + +



Zwölf Thesen

Atomwaffenfreie Zone in Europa

Von Karsten D. Voigt MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß

1. Die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone in Europa wurzelt in der Nachkriegstradition der deutschen und europäischen Friedensbewegung und Friedenspolitik. Sie ist mit sozialdemokratischen Zielen und Programmen vereinbar. Sie entspricht auch den langfristigen Grundsatzforderungen der deutschen Sozialdemokraten.
2. Diese Forderung findet gegenwärtig mehr Unterstützung als in den letzten zehn, zwanzig Jahren. Mehr Bürger als in den vergangenen Jahren haben Angst vor einem neuen Krieg und insbesondere Angst vor einem Nuklearkrieg in Europa. Ich verstehe diese Angst. Gegenwärtige und zukünftige Kriegsrisiken sind der berechtigte Anlaß dieser Ängste. Die Ängste sind prinzipiell berechtigt, obwohl die Kriegsgefahr in Europa gegenwärtig heute geringer ist als sie es zum Beispiel Anfang der sechziger Jahre war.

Damals drohten kriegerische Auseinandersetzungen in Europa und insbesondere in Berlin zu beginnen. Heute dagegen besteht vor allem die Gefahr, daß kriegerische Auseinandersetzungen außerhalb Europas die relativ stabile Lage zwischen Ost und West in Europa, zwischen den beiden deutschen Staaten und in Berlin erschüttern könnten. Schon aus diesem Grunde dürfen Europäer nicht mehr wie früher angesichts von Bürgerkriegen und Kriegen zum Beispiel in der Golfregion, im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika engstirnig und engherzig bleiben. Die Gefährdung der Unabhängigkeit, des Rechtes auf Selbstbestimmung und die Armut in der Dritten Welt bedrohen auch die Sicherheit und den Frieden Europas.

3. Das Ziel einer atomwaffenfreien Zone in Europa ist eine positive Utopie. Dieses Ziel ist aber nur sehr langfristig erreichbar. Seine Verwirklichung muß von einem veränderten politischen Verhältnis zwischen Ost und West in Europa, einer Veränderung der militärischen Kräfteverhältnisse im Bereich der konventionellen Waffen und damit auch von einer Veränderung der sicherheitspolitischen und militärstrategischen Konzeptionen in Ost und West begleitet sein.
4. Das Ziel einer atomwaffenfreien Zone in Europa ist heute noch ein Zukunftstraum. Es braucht aber keine prinzipiell unverwirklichbare Illusion zu bleiben, wenn es uns gelingt, in den gegeneinander gerüsteten Blöcken von NATO und Warschauer Pakt wieder den Willen zu Verhandlungen, zum Interessensausgleich und zu gemeinsamer Begrenzung und Verringerung ihrer konventionellen und nuklearen Rüstungen zu wecken.

Auch das Godesberger Programm der SPD forderte 1959 die Schaffung einer europäischen Friedensordnung, obwohl damals auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges und ein Jahrzehnt vor dem Beginn der sozialliberalen Ostpolitik auch nur kleine Schritte in diese Richtung illusorisch und wirklichkeitsfremd zu sein schienen. Wir brauchen wie 1969 wieder mehr Politiker, die für ihre humanen Träume zu kämpfen wagen, ohne ihren Realismus zu verlieren und ohne auch kleine Schritte in die richtige Richtung gering zu achten.

5. Die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa ist keine Garantie gegen kriegerische Auseinandersetzungen in Europa, die mit konventionellen Waffen ausgetragen werden könnten. Wenn nicht eine gleichzeitige Verringerung der konventionellen Bewaffnung in Europa und die Verringerung der Fähigkeit zu Überraschungsangriffen - zum Beispiel durch die Vereinbarung panzerfreier Zonen - vorausgeht, könnte die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone sogar die Wahrscheinlichkeit militärischer Konflikte zwischen Ost und West in Europa erhöhen.



6. Weil ein längerer mit modernen konventionellen Waffen geführter Krieg insbesondere für die beiden deutschen Staaten ähnliche Verwüstungen wie ein auch mit atomaren Waffen geführter Krieg anrichten würde, muß die Schaffung einer nuklearwaffenfreien Zone von Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitischen Maßnahmen begleitet sein, die die Wahrscheinlichkeit auch von konventionellen Kriegen in Europa verringern.
7. Die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa ist keine Garantie dagegen, daß Europa direkt oder indirekt von den Folgen eines Nuklearkrieges zwischen der UdSSR und den USA verschont bliebe. Sie könnte unter bestimmten Bedingungen allerdings ein zusätzlicher Schutz dagegen sein, daß Europa unter den Folgen eines Nuklearkrieges zu leiden hätte, ohne daß die USA oder die UdSSR mit ihrem Territorium gleichermaßen von der Anwendung atomarer Waffen betroffen wären.
8. Solange es auf der Welt Nuklearwaffen gibt, besteht auch die Gefahr von Kriegen, in denen atomare Waffen verwendet werden. Aufgrund interkontinentaler Reichweite der Trägersysteme für atomare Waffen kann Europa auch dann Ziel atomarer Waffen bleiben, wenn in Europa selber keine atomaren Waffen mehr lagern.

Aus diesem Grunde sind Garantien insbesondere der beiden nuklearen Weltmächte aber auch der beiden die Sicherheitsordnung in Europa nach wie vor prägenden Bündnis-systeme NATO und Warschauer Pakt für eine nuklearwaffenfreie Zone in Europa erforderlich.

9. Garantien der nuklearen Weltmächte und der NATO und des Warschauer Paktes gegen einen Einsatz von Atomwaffen in das Gebiet einer nuklearwaffenfreien Zone hinein sind für Europa kein voll befriedigender Schutz, solange der Macht- und System-wettbewerb zwischen Ost und West und ihrer Führungsmächte UdSSR und USA sich auf Europa erstreckt und Europa teilt.

Solange Europa noch vom Gegensatz zwischen Ost und West geprägt und geteilt bleibt, wird Europa von jedem Krieg zwischen Ost und West und insbesondere auch von jedem Einsatz von Nuklearwaffen der nuklearen Weltmächte gegeneinander betroffen sein.

Aus diesem Grunde bleibt mit oder ohne atomwaffenfreie Zone Europas Hauptinteresse die Verhinderung jeden Krieges und insbesondere jeden Nuklearkrieges zwischen Ost und West. Aus diesem Grunde bleibt die Forderung des Godesberger Programmes nach einer europäischen Friedensordnung auch über die Forderung einer atomwaffenfreien Zone hinaus aktuell.

10. In den vergangenen zehn Jahren sozialliberaler Ostpolitik konnte eine europäische Friedensordnung noch nicht verwirklicht werden. Wir sind diesem Ziel aber näher gekommen.

Der Form nach sind der sichtbarste Ansatzpunkt für eine europäische Friedensordnung die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und die geplante Konferenz über Abrüstung in Europa (KAE), weil an ihr außer Albanien alle europäischen Staaten und die USA und Kanada teilnehmen. Schon aus diesem Grunde sind wir daran interessiert, daß die KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid sich in den nächsten Monaten auf ein Mandat für eine Konferenz über Abrüstung in Europa einigt. Aber auch die bilateralen Verträge der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR, mit der Sowjetunion, der Volksrepublik Polen und der CSSR sind wichtige Voraussetzungen für eine europäische Friedensordnung. Das gleiche gilt für das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin.



11. Bei einer Wiederbelebung des Willens zur Zusammenarbeit zwischen Ost und West könnten auch die Wiener MBFR-Verhandlungen über Truppen- und Rüstungsverringereungen in Zentraleuropa und auch die bevorstehenden Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über Mittelstreckenwaffen uns einige wichtige Schritte in Richtung auf eine europäische Friedensordnung näherbringen.

Diese Verhandlungen beinhalten Chancen für eine Verringerung des Niveaus der konventionellen und nuklearen Rüstungen in Europa und damit Chancen für die schrittweise Verwirklichung von Disengagement-Konzepten. Weil zu recht Zweifel am Erfolg dieser Verhandlungen bleiben, halte ich es für sinnvoll und erforderlich, über Möglichkeiten alternativer Wege der Friedenssicherung und Abrüstung zu diskutieren, ohne dabei allerdings die Chancen, die uns diese Verhandlungen bieten, auch noch zu verspielen. Dabei ist ein Spannungsverhältnis unvermeidlich zwischen der Bereitschaft zur pluralistischen und prinzipiell ergebnisoffenen Diskussion im vorparlamentarischen Raum und der Notwendigkeit, trotz aller verbleibenden Zweifel und auch Widersprüche dann auf Regierungsebene und im Parlament unter Berücksichtigung dieser Diskussion jeweils bindende und damit auch nicht mehr ergebnisoffene Entscheidungen fällen zu müssen.

12. Auch das Konzept einseitiger Maßnahmen verdient es ohne Vorurteile aber auch ohne Illusionen daraufhin überprüft zu werden, wieweit es im Sinne der Friedenssicherung und Abrüstung praktikabel ist, wo es Chancen enthält und wo untragbare Risiken mit ihm verbunden sind.

Der Abzug von 1.000 Panzern und 20.000 Soldaten aus der DDR durch die UdSSR und von 1.000 atomaren Sprengköpfen aus der Bundesrepublik durch die USA in den letzten beiden Jahren haben gezeigt, daß im begrenzten Umfang in der Wirkung wechselseitige aber der Form nach einseitige vollzogene Schritte zur Vertrauensbildung zwischen Ost und West beitragen können.

Einseitige Maßnahmen können aber auch einseitig zurückgenommen werden. Dieses Risiko besteht besonders in Krisensituationen, also in Zeiten, wenn Stabilität und Berechenbarkeit des politischen und militärischen Verhaltens sich als friedenssichernd bewähren müssen. Wenn Europa nuklearwaffenfrei werden sollte, bedeutete dies eine so grundlegende Veränderung der politischen und militärischen Lage in Europa, daß damit das Konzept einseitiger Maßnahmen auch dann weit überfordert würde, wenn diese einseitigen Maßnahmen sich gleichzeitig in Ost und West, also wechselseitig vollzögen. Gerade wer die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone in Europa ernst meint, kann deshalb auf das mühsame, langwierige und häufig erfolglose Mittel von Verhandlungen auf dem Weg zur Friedenssicherung und Abrüstung nicht verzichten.

(-/25.1.1982/ks/ca)

+ + +



Kein Überzeugungstäter

Rommel will heiße Luft im strengen Winter

Von Dieter Spöri MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Finanzausschuß
des Deutschen Bundestages

Städtetagspräsident Manfred Rommel, hauptberuflich CDU-Oberbürgermeister in Stuttgart, überrascht mit immer neuen finanzpolitischen Eingebungen. Einmal erzeugt er mit einem Zweitaufguß der längst von den Sozialdemokraten in die Diskussion gebrachten Ergänzungsabgabe mit Einkommensgrenzen öffentliche Wellen. Anschließend variiert er das Steckenpferd von Hans-Günter Hoppe, eine Bund-Länder-Sparkommission - den Vorsitz soll ein Sachverständiger führen - zu schaffen, die 70 Milliarden DM (Donnerwetter!) einsparen soll.

Ernst nehmen kann man Rommels Schwadronieren über eine Ergänzungsabgabe für gehobene Einkommen nicht. Seine Anregung wird in der CDU als exotische Einzelposition gewertet, und Rommel hatte ja auch niemals einen ernsthafte Versuch unternommen, seine Partei umzustimmen, als die Christdemokraten während der Operation '82 über diesen SPD-Vorschlag zur Finanzierung von Investitionen herfielen. Fazit: Der nur scheinbar zurückhaltende Öffentlichkeitsarbeiter Rommel hat wieder einmal an seinem individualistischen CDU-Abweichler-Image gebastelt - nicht mehr.

Der zweite Vorschlag, einen Sparkommissar mit Bund-Länder-Zuarbeitern zu bestellen, ist schon vom gesetzten Sparziel her unseriös. 70 Milliarden DM soll der Herr Sachverständige einsparen - nach dem Motto "klotzen statt kleckern". Nach den bisherigen Schwierigkeiten, Widerständen und Zielkonflikten bei der Haushaltsentlastung über die Operation '82 ist ein derartiges zusätzliches Sparziel nur realitätsferne Gaukelspielerei. Zudem hat der finanzpolitische Sprecher der CDU, Herr Häfele, in diesem Zusammenhang vor einer Verwischung verfassungsrechtlicher Zuständigkeiten in der Finanzpolitik gewarnt. Aber Rommel geht es ja gar nicht darum, Häfele beziehungsweise die CDU zu überzeugen: Es geht Rommel um heiße Luft im strengen Winter.

(-/25.1.1982/ks/ca)

+ + +



Kein Beweis für Weitblick

Die Angriffe auf Heinz Ruhnau wollten wahre Absichten verbrämen

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion im
Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Mit der Wahl des von mir hoch geschätzten Staatssekretärs im Bundesverkehrsministerium, Heinz Ruhnau, in den erweiterten Vorstand der Deutschen Lufthansa AG, ist ein für die Zukunft dieses Unternehmens notwendiger Schritt vollzogen. Es war bereits vor dieser Wahl allen nüchtern Gebliebenen klar, daß die Mehrheit der Aufsichtsratsmitglieder, von sachlichen Überlegungen geleitet und für das Wohl des Unternehmens handelnd, eindeutig für Heinz Ruhnau votieren würden.

Heinz Ruhnau hat mit seinem Werdegang bewiesen, daß er als dynamische Führungskraft Kreativität und konzeptionelle Fähigkeiten besitzt, das Unternehmen Lufthansa durch die Turbulenzen der kommenden Jahre erfolgreich zu steuern. Es mußte nicht nur für einen Politiker in der letzten Zeit mehr als befremdend wirken, wie abseits aller Sachlichkeit die Person Heinz Ruhnau, aber auch seine politische Herkunft, in manchmal übler Weise angegriffen wurde. Für einen Politiker, der auch Mitverantwortung für das Unternehmen Deutsche Lufthansa trägt, das sich ja zu mehr als 75 Prozent in öffentlichem Besitz befindet, war es jedoch kaum möglich, Stellung zu nehmen, wollte er nicht noch mehr Öl ins Feuer gießen.

Bei den Rundumschlägen und den Aktionen auch eines Teils der Mitarbeiterschaft eines mitbestimmten Unternehmens sind aber zwei wesentliche Dinge übersehen worden:

Das Unternehmen Deutsche Lufthansa war und ist mit politischen Entscheidungen der Bundesregierung und des Parlaments eng verflochten, ja, es ist sogar weitgehend abhängig von der Politik. Erinnert sei hier an den Eigenkapitalanteil des Bundes, der Folgerungen, die sich daraus ergeben, der Darlehensgewährung des Bundes, der Luftverkehrsabkommen des Bundes, der Tarifpolitik des Bundes und so weiter.

Eine "Politisierung" zu konstruieren, wenn die Bewerber Mitglied einer im Bundestag vertretenen Partei sind, scheint unser gesellschaftspolitisches System Demokratie nicht zu kennen oder aber zu verkennen.

Der Angriff mit dem Schlagwort "Politisierung" muß eigentlich alle Parteien treffen, er sollte ja wohl auch andere Absichten verbrämen. Dennoch müssen wir uns - und ich meine dabei alle Parlamentarier - gegen solche Vorwürfe wehren.

Es ist erstaunlich, daß leitende Mitarbeiter der Lufthansa bei ihrem wie auch immer begründeten Versuch, Heinz Ruhnau als Vorstandsmitglied der Lufthansa zu verhindern, die Abhängigkeit der Deutschen Lufthansa von der Politik völlig übersehen haben: Nicht gerade ein Beweis für Weitblick.

Jetzt muß das zerschlagene Porzellan gekittet werden, und ich appelliere dabei an die Einsichtsfähigkeit der Beteiligten. Das Unternehmen Deutsche Lufthansa braucht jetzt eine klare Führung, die nicht durch an Eigeninteressen orientiertes Handeln untergraben werden darf.
(-/25.1.1982/vo-he/ca)

+

+

+



Mut und Weitsicht

Carl-Heinz Evers, ein Vater der Gesamtschule, wird 60

Von Peter Glotz

SPD-Bundesgeschäftsführer und Vorsitzender der Kommission für Bildungspolitik der SPD

Der Glückwunsch an Carl-Heinz Evers geht an einen, dem die moderne Bildungsreform entscheidendes verdankt: Evers gehört zu den Vätern der Gesamtschule und darüber hinaus vieler Reformen, die auf mehr Öffnung des Bildungssystems und mehr Chancengleichheit zielten. Der Glückwunsch geht an einen, der erfahren hat, wie schwer es ein Vorwärtsdrängender haben kann, wenn er zu früh kommt - auch in der eigenen Partei: Evers warf das Senatorenamt hin und blieb dennoch dabei, bei der Parteiarbeit und bei der Bildungsreform. Und der Glückwunsch geht an einen, den die Berliner Partei nach wie vor braucht: seines Weitblicks wegen, seiner Zähigkeit wegen.

Evers kam aus Magdeburg - wo er noch 1945 in die Partei eingetreten war - nach Berlin und engagierte sich im Schulwesen, das damals am fortschrittlichsten von allen Bundesländern organisiert war. Er stieg rasch auf; wurde 1959 Landesschulrat; 1963 holte ihn Willy Brandt in den Senat.

Vorausgegangen waren seine ersten Reformanstöße die "Denkschrift zu inneren Schulreform" von 1962 vor allem. Die Partei hatte sich im Vorfeld von Godesberg die zentrale Rolle der Bildung für eine gerechte und menschenwürdige Gesellschaft erarbeitet. Männer wie Evers dachten jetzt an die Praxis und sann auf konkrete Änderungen.

Jetzt konnte Evers die Chance zur Verwirklichung nutzen. Er konzipierte nicht nur die Idee der Gesamtschule, er begann sie durchzusetzen: 1968 eröffnete er in Berlin-Buckow die erste Gesamtschule der Bundesrepublik Deutschland. Aus dem gleichen Jahr stammt sein Modell eines neuen Gymnasiums und einer neuen Gesamthochschule. Vieles davon - die zehnjährige Vollschulzeitpflicht, das Kurssystem in der Oberstufe, die Integration betrieblicher Ausbildung - sind, zumindestens in sozial-liberal regierten Ländern zum Teil verwirklicht. Vieles aber ist auch steckengeblieben in dem unabsehbaren Stellungskrieg den sich SPD und FDP mit dem konservativen Block überall im Land lieferten.

Evers bekam die Widerstände bald zu spüren. Nicht nur das die Opposition ihm zum innenpolitischen Hauptfeind erklärte - auch in der eigenen Partei regte sich Kritik, nicht zuletzt weil er für die Studentenbewegung viel Verständnis zeigte. Seine Reformpläne glaubte er in Gefahr, weil der Senat ihm die Mittel verweigerte. Zornig trat er aus dem Senatorenamt, bald auch aus dem Abgeordnetenhaus zurück.

Wer kann sagen, ob diese Entscheidung richtig war. Die Bundespartei wählte Evers zwei Monate später demonstrativ in den Parteivorstand. In Berlin erhielt sein Nachfolger dann das nötige Geld, und der Bau der großen Mittelstufenzentren konnte beginnen. Ihre technisch baulichen und schulpyschologischen Mängel sind ja dem Konzept Gesamtschule nicht anzulasten. Den Vermittlungsversuch zur "unruhigen Jugend" hat die Berliner Partei erst ein Jahrzehnt später nachvollzogen. Heute ist sie seinem Kurs weit näher als je zuvor.

Carl-Heinz Evers wird weiter dringend gebraucht. In der Bildungspolitik: Weil er die Fähigkeit besitzt Strukturreformen und innere Schulreformen zu vereinen, und weil er wie kein anderer mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten weiß. Und er wird in der Berliner Partei gebraucht, weil gerade sie die Mischung aus Mut und Weitsicht braucht, die Carl-Heinz Evers eigen ist. (-/25.1.1982/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

